

II-9324 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4705/A

1989-12-07

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Dillersberger, Dr. Partik-Pablé
an den Bundesminister für Justiz
betreffend Anfragebeantwortung 3913/AB

Die unterzeichneten Abgeordneten haben mit 15.6.1989 die Anfrage 3966/I an den Bundesminister für Justiz gerichtet, die die unzumutbaren Verhältnisse in der Wiener Zivilgerichtsbarkeit zum Thema hat. Der Bundesminister für Justiz hat in seiner Beantwortung vom 7.8.1989, 3913/AB die Meinung vertreten, daß die Wiener Zivilgerichte nicht derart überlastet seien, daß von Mißständen die Rede sein könne. Insbesondere werden in der Anfragebeantwortung Vergleiche zwischen dem gesamten Bundesgebiet und dem Sprengel des OLG- sowie des LGZ-Wien gezogen, die die Ansicht des Bundesministers für Justiz unterstützen sollen.

Nach Meinung der unterzeichneten Abgeordneten sind die in der Anfragebeantwortung 3913/AB angegebenen Vergleiche jedoch insofern unzulässig bzw. irreführend, als in Wien fast die Hälfte aller österreichischen Zivilsachen erledigt wird, weshalb bereits der Bundesdurchschnitt erheblich von den Wiener Verhältnissen mitbeeinflusst wird. Als Vergleichsbasis kann daher nur der Durchschnittswert aller Bundesländer mit Ausnahme des Sprengels Wien herangezogen werden. Bei einer derartigen Gegenüberstellung könnte festgestellt werden, daß die Wiener Zivilgerichte um einiges höher belastet sind, als sich dies aus der Anfragebeantwortung des Bundesministers für Justiz ergibt.

Nach Angaben der Vereinigung der österreichischen Richter, Sektion Wien, hat das Bundesministerium für Justiz zugesagt, in den nächsten drei Jahren 22 zusätzliche Richterplanstellen im Bereich der Bezirksgerichte im Sprengel des Landesgerichtes für Zivilrechtssachen Wien zu schaffen. Der zusätz-

liche Bedarf an Rechtsmittelrichterplanstellen sei jedoch unberücksichtigt geblieben. Überdies sei für 1989 ein weiterer Anstieg der streitigen Zivilgerichtserledigungen zu erwarten.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Justiz nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Wie stellt sich die Belastung der Wiener Zivilgerichte dar, wenn die Erledigungszahlen mit dem Bundesdurchschnitt ohne Wien verglichen werden?
- 2) Wieviele Richterplanstellen müßten zusätzlich in Wien geschaffen werden, um eine in etwa gleichmäßige Belastung aller Zivilrichter Österreichs zu erreichen?
- 3) Wieviele neue Bezirksrichterplanstellen und wieviele Rechtsmittelrichterplanstellen sind im Sprengel des Landesgerichtes für Zivilrechtssachen Wien in nächster Zeit vorgesehen?
- 4) Wie schätzen Sie den Zuwachs an streitigen Zivilsachen im LGZ-Sprengel Wien in den nächsten Jahren ein?